

ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

BETTELVERBOT FÜR KINDER

mehr auf Seite 3

BÜRGER PLANEN IHRE STADT

mehr auf Seite 4

KULTURHAUPT- STADT 2025

mehr auf Seite 6

DER WIENER PLATZ UND DIE DROGEN- KRIMINALITÄT

SOZIALARBEIT BLEIBT GEGEN MESSERSTECHER WIRKUNGSLOS

Dresden hat sich in den letzten Jahren stark verändert. An vielen Orten im ganzen Stadtgebiet wird gebaut, die Stadt ist gerade bei jungen Familien so attraktiv wie kaum ein anderer Ort in Deutschland. Der kürzlich erschienene Karriereatlas sieht Dresden auf dem dritten Platz noch vor den Städten Frankfurt, Köln oder Hamburg. Besonders positiv wird in der Studie die relativ niedrige Arbeitslosenquote, der große Zugewinn an Arbeitsplätzen sowie der hohe Anteil an hoch qualifizierten Beschäftigten bewertet.

Doch wo viel Licht ist, da entsteht auch viel Schatten. Wie die Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2016 ausführt, stiegen die Kriminalitätszahlen in Dresden im Zeitraum von 2006 bis 2016 von 46.000 auf gut 58.000 Straftaten. Besonders in den Bereichen Roheitsdelikte oder Diebstahl ist der prozentuale Anstieg der Kriminalität teils gravierend. Gewaltstraftaten haben seit 2006 um fast 30 Prozent zugenommen, Diebstähle unter erschwerten Umständen sogar um mehr als 65 Prozent. Schockierend ist jedoch der Anstieg der Rauschgiftdelikte, die im gleichen Zeitraum um fast 120 Prozent zugenommen, sich also seit 2006 mehr als verdoppelt haben. Allein 2017 hat es eine Steigerung um 45,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gegeben, unter Beachtung neuer



INHALT

DER WIENER PLATZ UND DIE DROGENKRIMINALITÄT	01 - 02
BETTELVERBOT FÜR KINDER	03
BÜRGER PLANEN IHRE STADT	04
FERDINANDPLATZ SOLL VERWALTUNGSZENTRUM WERDEN	05
DRESDEN KULTURHAUPTSTADT 2025	06
DER ALTERNATIVE BLICK	07
SCHULEXPERIMENT UNIVERSITÄTSSCHULE	08
IMPRESSUM	08

KONTAKT BÜRO

AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden
 Dr.-Külz-Ring 19
 Rathaus, 1. Etage, Raum 215
 01067 Dresden
www.afd-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/AfDFraktionDresden

Tel 0351 - 4 88 10 50
 Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de

IHRE STADTRÄTE

Gordon Engler
 (Fraktionsvorsitzender)
ge@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)
hg@afd-fraktion-dd.de

Stefan Vogel
sv@afd-fraktion-dd.de

Jörg Urban
ju@afd-fraktion-dd.de

statistischer Datenerhebung im letzten Jahr immer noch um rund 20 Prozent.

Besonderer Schwerpunkt ist in Dresden schon seit Jahren der Wiener Platz. Mehrere, teils schwerste Gewaltverbrechen in letzter Zeit haben in der Stadtgesellschaft eine große Bestürzung hervorgerufen. Wiederholt hat sich die Stadtpolitik mit diesem Hotspot beschäftigt, ohne dass eine tragfähige und nachhaltige Lösung zur wirksamen Bekämpfung der Drogen- und Gewaltkriminalität erzielt werden konnte. Dabei sind die Möglichkeiten der Stadt Dresden begrenzt, handelt es sich bei der Inneren Sicherheit doch um eine Angelegenheit des Freistaates Sachsen. Einzig mit dem Gemeindlichen Vollzugsdienst – der Besonderen Einsatzgruppe des Ordnungsamtes – hat die Stadt ein wirksames Instrument in der Hand, um vor Ort Präsenz zu zeigen. Wie eine Anfrage der AfD-Fraktion ergab, fehlt es jedoch explizit an Personal. Beispielsweise kann am Sonntag der Wiener Platz gar nicht bestreift werden, am Samstag zur im Zeitraum von 20 bis 2 Uhr. Trotz dieser eklatanten Personalnot sträubt sich im Dresdner Stadtrat die linke Mehrheit eine wirksame Aufstockung des Ordnungsamtes – wie von der AfD-Fraktion mehrfach gefordert – in Angriff zu nehmen.

Stattdessen hat der Stadtrat Anfang März 2018 ein neues Suchtpräventionsprogramm beschlossen, dass einen Schwerpunkt auf die Drogenszene am Wiener Platz legt. Neben einer Musiktreppe und kostenlosem W-Lan werden zukünftig Sozialarbeiter den Wiener Platz sicherer machen; so zumindest hofft es die linke Stadtratsmehrheit. Ebenfalls vorgesehen

sind zukünftig explorative Befragungen der Problemgruppen am Wiener Platz mit Dolmetschern, die Präsentation dieser Befragungsergebnisse, etwa auf Infoveranstaltungen für Multiplikatoren. Angedacht sind Workshops für Menschen in besonderen migrationspezifischen Lebenslagen und die Erarbeitung und Verteilung von Regeln für und im öffentlichen Raum, zum Beispiel Piktogramme für Alkoholverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln. Zudem soll ein interkulturelles Projekts für Gesundheits- und Suchthilfe geprüft werden. Rund 370.000 Euro sind im sogenannten Maßnahmenkatalog C des Präventionsprogrammes vorgesehen. Die Kosten, die sich aus den Teilen A und B ergeben, sind nicht genau benannt.

In seiner Rede im Stadtrat sprach Jörg Urban, AfD-Stadtrat und Mitglied des Sächsischen Landtages von einer Schiefelage des Präventionskonzeptes. Der Dreiklang aus Hilfe, Prävention und Repression, wie ihn das Drogenpräventionsprogramm selbst formuliert, würde sich so als hohle Phrase enttarnen.

Messerstecher und mafiöse Strukturen lassen sich nicht durch Sozialarbeiter beeindrucken und schon gar nicht durch eine lauschige Gestaltung des Wiener Platzes vertreiben. Wichtig ist, dass der Rechtsstaat durch Präsenz und wirksame, unanfechtbare Durchsetzung der geltenden Regeln Sicherheit für seine Bürger garantiert. Mit dem Drogenpräventionskonzept wird wieder einmal die Lösung der Probleme am Wiener Platz in die Zukunft verschoben, zu Lasten all jener Dresdner, die Opfer der dortigen Verhältnisse werden.

Jörg Urban



AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/fraktionszeitung-alternativen-fuer-dresden-nr-1-2018.html

BETTELVERBOT FÜR KINDER

Am 25. Januar 2018 hat der Stadtrat eine neue Polizeiverordnung beschlossen. Damit wurde auch ein Bettelverbot für Kinder umgesetzt. Dieses Bettelverbot soll mit sozialen Maßnahmen flankiert werden.

Nachdem 2017 die Lärmbelästigung durch Straßenmusiker überhandnahm, reagierte der Stadtrat mittels der Sondernutzungssatzung für Straßenmusik, Straßenkunst und Straßenmalerei und regelte Auftrittsorte und Spielzeiten für Straßenmusiker. Gegenüber den zunehmenden Beschwerden über Bettler, insbesondere bettelnde Kinder, im Stadtbild wurde nach heftiger/ausgiebiger Diskussion ein Bettelverbot für Kinder verabschiedet.

Betteln kann als Ausdruck der freien Meinungsäußerung nicht verboten werden, aber aggressives Betteln (wiederholtes Ansprechen, in den Weg stellen, festhalten oder das Vortäuschen körperlicher Gebrechen), das Betteln mit Tieren sowie nun auch das Betteln von oder mit Kindern unter 14 Jahren stellen Ordnungswidrigkeiten dar. Diese können mit einem Bußgeld bis zu 1.000 Euro geahndet werden.

Während der Debatte im Stadtrat waren sich die Vertreter der Linken und Grünen nicht zu schade, auf die Tränendrüse zu drücken und sich gar auf eine „historische Verpflichtung“ gegenüber der Volksgruppe der Roma zu berufen, um das Bettelverbot für Kinder zu verhindern. Im Vorfeld der Sitzung hatte zudem eine „Bettelobby“ – bestehend u.a. aus dem Flüchtlingsrat Sachsen, dem Roma-Verband „Roma Sumnal“ und der sächsischen Linksjugend – eine Liste mit über 700 Unterschriften gegen die geplante Polizeiverordnung eingereicht.

Solche Inszenierungen stießen bei der AfD-Stadtratsfraktion auf Ablehnung. „Deutschland hat eines der besten Sozialsysteme in der Welt. Niemand muss hungern oder obdachlos sein. Genauso

wenig, wie jemand gezwungen ist, Betteln zu gehen“, betonte Harald Gilke im Stadtrat. Den Standpunkt der Stadtverwaltung, „dass die Beteiligung eines Kindes am Betteln der Sorgeverpflichteten wie auch das Betteln des Kindes selbst eine erhebliche psychisch-soziale Belastung für die Entwicklung eines Kindes ist“, schloss sich auch die AfD-Fraktion an: „Kinder jedoch gehören aus Sicht der AfD in die Schule und nicht auf die Straße zum Betteln. Die Instrumentalisierung von Kindern, etwa um die Mildtätigkeit von Spendern zu erhöhen, muss Verboten werden, da Betteln von Kindern eine Gefahr für die kindliche Entwicklung darstellt“, so der gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion Harald Gilke. Andere Städte wie Berlin, Köln und auch Leipzig gin-

gen bereits mit gutem Beispiel voran und erließen ein Bettelverbot für Kinder.

Verabschiedet wurden dann vom Stadtrat neben der überarbeiteten Polizeiverordnung auch ein Maßnahmenkatalog, um die Jugendhilfe und Straßensozialarbeit in Dresden weiter auszubauen. Hier konnte sich das linke Klientel wieder auf Kosten der Steuerzahler durchsetzen. In Punkt 4 des Beschlusses heißt es: „Prüfung der Einrichtung von Beratungsstellen möglichst in den Stadtbezirken Altstadt und Neustadt für die Familien der betroffenen Kinder, die Hilfsangebote wie Unterbringungsmöglichkeiten oder den Zugang zu Sozialleistungen unterbreiten.“

Harald Gilke



ANFRAGEN

Zur Informationsbeschaffung richteten die Stadträte der AfD-Fraktion Anfragen zu verschiedenen Themen an den Oberbürgermeister.

Die AfD-Fraktion erfragt regelmäßig aktuelle Asyl-Zahlen (AF2142/18) sowie die Unterbringung von im Kontext Flucht/Asyl stehenden Menschen (AF2220/18). Weitere Anfragen wurden zu den Themen Gewaltprävention (AF2113/18), Wohnungsbau durch Discounter (AF2195/18), Gedenkveranstaltungen zum 13. Februar (AF2205/18), Förderung der Volks-

hochschule (VHS) Dresden (AF2186/18), Befristete Beschäftigungsverhältnisse (AF2209/18), Umfang der Europaarbeit und internationale Tätigkeit der Landeshauptstadt Dresden (AF2126/18) sowie der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft (AF2071/17) gestellt. Mündlich im Stadtrat wurde nach der Entwicklung einer Parkplatz-App (mAF0333/18), der Sicherheit am Wiener Platz (mAF0308/18), zum Gedenken am 13. Februar (mAF0315/18) und dem Blitzer auf der Bergstraße (mAF0332/18) gefragt.



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

[www.afd-fraktion-dresden.de/
unsere-anfragen.html](http://www.afd-fraktion-dresden.de/unsere-anfragen.html)

BÜRGER PLANEN IHRE STADT

IDEENWETTBEWERB FÜR DEN NEUSTÄDTER MARKT UND DAS KÖNIGSUFER

Der Neustädter Markt und das Königsufer ist „ein zentraler innerstädtischer Raum in Dresden, der seiner städtebaulichen, freiraumplanerischen und architektonischen Fassung harrt. Aufgrund der herausragenden städtebaulichen und kulturhistorischen Bedeutung des Neustädter Elbufers mit dem Königsufer und dem Neustädter Markt nicht nur im Maßstab der Stadt Dresden, sondern auch im Kontext der europäischen Städte und ihrer historischen Entwicklung stehen städtebauliche Überlegungen im Brennpunkt der Öffentlichkeit.“ So lautet es in der Vorlage der Stadtverwaltung zu einem der bedeutendsten städtebaulichen Projekte, die das Erscheinungsbild Dresdens auf der Neustädter Elbseite wesentlich neu prägen wird.

Derzeit befindet sich der Neustädter Markt in einem desaströsen Zustand. Heruntergekommene Plattenbauten umsäumen den Goldenen Reiter und den Zugang zur Königsstraße; eine lieblose Platzgestaltung, schwierige Verkehrsbedingungen für Fußgänger, die Große Meißner Straße zwischen Alt- und

Neustadt passieren; Brach- und Parkplatzflächen mitten in der begehrten innerstädtischen Lage. Mit der angedachten Rekonstruktion des Narrenhäusels direkt gegenüber des Blockhauses und der Entwicklung einer vom Hauptbahnhof bis zum Albertplatz durchgehenden Fußgängerzone bietet sich die Möglichkeit, dem Neustädter Markt und dem Königsufer ein neues Gesicht zu geben, dass der Bedeutung dieses Areals für Dresden gerecht wird.

Der Dresdner Stadtrat hat mit den Stimmen der AfD-Fraktion einen breiten und offenen Ideenwettbewerb beschlossen, der der Bürgerschaft ein hohes Maß an Beteiligung ermöglichen soll. Neben Workshops und anderen Beteiligungsformaten werden dabei auch zwei Bürger in die Jury des Wettbewerbs berufen. Dabei gilt es, viele widerstreitende Interessen auszubalancieren. Wie das Worldcafé vom 09. November 2017 gezeigt hat – eine Veranstaltung zum Neustädter Markt, bei der die Dresdner Bürger die Möglichkeit hatten, sich mit dem Planungsteam der Verwaltung

auszutauschen –, gehen die Meinungen stark auseinander. Besonders unter diesem Hinblick ist eine möglichst breite Bürgerbeteiligung wichtig, um frühzeitig mögliche Spannungen, die sich mit der Neugestaltung des Königsufers und des Neustädter Marktes in der Stadtgesellschaft ergeben werden, abzubauen.

Die AfD-Stadtratsfraktion präferiert hierbei eine möglichst kleinteilige, durch abwechslungsreiche Fassaden geprägte interessante Gestaltung, die den Charakter des Neustädter Marktes wieder herstellt und gleichzeitig den städtischen Raum möglichst allen konfliktfrei überlässt, etwa in Hinblick auf verkehrliche Erfordernisse, Wohn- und Freizeitgestaltung, aber auch touristische Attraktivität.

Breites bürgerliches Engagement und Beteiligung sind daher notwendig, damit der Neustädter Markt und das Königsufer eine positive Entwicklung nehmen. Möglichst viele Bürger sollten die Chance zur Mitwirkung nutzen.

Jörg Urban



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/buerger-planen-ihre-stadt.html

FERDINANDPLATZ SOLL VERWALTUNGSZENTRUM WERDEN



Derzeit dient der Ferdinandplatz als Parkplatz. Zentral gelegen im Stadtzentrum, neben dem Karstadt-Kaufhaus, soll dort in den kommenden Jahren ein neues Verwaltungszentrum für rund 1.600 Mitarbeiter der Landeshauptstadt Dresden entstehen. Dies hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 22. März 2018 mit breiter Mehrheit beschlossen.

Der Neubau des Verwaltungszentrums, das auch als Technisches Rathaus tituliert wird, soll der Zentrierung der Verwaltungsaufgaben dienen. Derzeit befinden sich die verschiedenen Ämter der Landeshauptstadt Dresden in mehreren Gebäuden, die teilweise extra angemietet werden mussten, über das Stadtgebiet verteilt. Deren Zusammenführung in einem neuen Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz soll für mehr Bürgerfreundlichkeit sorgen und verwaltungsintern die Arbeitsabläufe verbessern sowie mehr Flexibilität bei Veränderungen bieten. Weitere Gründe für das Projekt

sind eine stetig wachsende Anzahl von Beschäftigten in der Stadtverwaltung sowie nötige Sanierungsmaßnahmen, insbesondere beim Brandschutz, beim dann gegenüberliegenden Neuen Rathaus am Dr.-Külz-Ring.

Die AfD-Stadtratsfraktion befürwortete daher die vorgelegten Projektplanungen, denn eine wachsende Stadt, mehr Platzbedarf für Verwaltungsmitarbeiter, notwendige Sanierungsmaßnahmen sowie technische Anforderungen machen einen Neubau für die Stadtverwaltung unausweichlich. Zugleich machte die AfD deutlich und bekräftigt damit den städtebaulichen Anspruch, dass der nun zu planende Gebäudekomplex hohen städtebaulichen Ansprüchen genügen muss. Auch wurde angeregt, Erfahrungen der Dresdner Partnerstädte, wie zum Beispiel beim neuen Verwaltungszentrum in Coventry, beim Bau von innovativen Zukunftsprojekten in Dresden mit einfließen zu lassen.

Für den Neubau des Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz, der bis 2024 abgeschlossen sein soll, werden nach derzeitigen Planungen Kosten in Höhe von ca. 162 Millionen Euro veranschlagt. Zudem sind seitens der Landeshauptstadt Dresden weitere Investitionen in die Verwaltungsunterbringung nötig: der bis 2023 vorgesehene An- und Umbau des Ordnungsrathaus an der Theaterstraße soll rund 12 Millionen Euro kosten, nach der Realisierung des Verwaltungszentrum Ferdinandplatz folgt die zwar geplante aber aufgeschobene Kernsanierung des Neuen Rathauses. Für diese werden ca. 97 Millionen Euro benötigt. Auf den ersten Blick erscheinen die Neubau- und Sanierungskosten der Stadtverwaltung enorm. Diese sind aber notwendig, um eine dienstleistungsfähige Verwaltung für die Bürger zu erhalten und die Bürgerfreundlichkeit zu stärken.

Stefan Vogel



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/ferdinandplatz-soll-verwaltungszentrum-werden.html

DRESDEN KULTURHAUPTSTADT 2025

EIN SCHWIERIGER WEG



Zwei Jahre nach dem Startschuss zur Bewerbung Dresdens zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 hat der Stadtrat in einer Aktuellen Stunde den bisherigen Bewerbungsprozess kritisch hinterfragt. Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion, Stadtrat Gordon Engler, hat dabei in seiner Rede auf die ursprüngliche Zielsetzung der Bewerbung aufmerksam gemacht und große Versäumnisse aufgezeigt. Im damaligen Konzept hieß es zur Begründung der Bewerbung: „Dresden bildet einen Kristallisationspunkt für die Herausforderungen und Schwierigkeiten, vor denen eine europäische bürgerliche Gesellschaft zurzeit insgesamt steht.“ Ebenso: „Kultur bedeutet aber auch, miteinander zu diskutieren und gemeinsam das Zusammenleben in der Stadt zu gestalten. Sie kann dazu beitragen, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen

und eine neue Kultur des Miteinanders zu entwickeln.“

Mit den Herausforderungen explizit gemeint waren die seit Jahren bestehenden Spannungen innerhalb der Stadtgesellschaft, die besonders in der Bürgerbewegung PEGIDA ihren Ausdruck gefunden haben. Doch anstatt zu versöhnen oder neue Wege des Miteinanders aufzuzeigen oder zu entwickeln, ist der Riss in der Dresdner Stadtgesellschaft, der im Bewerberkonzept aus 2016 skizziert und seither viel bemüht wurde, so groß wie eh und je. Die bisherigen Schritte und Initiativen im Bewerbungsprozess sind den eigenen Ansprüchen bisher nicht gerecht geworden.

Genau aus diesem Grund hatte sich die AfD-Fraktion in der Stadtratsentscheidung am 2. Juni 2016 in der Abstimmung über die Initiierung der Bewerbung

enthalten. Nicht, weil die AfD der Kulturhauptstadtbewerbung grundsätzlich kritisch oder gar ablehnend gegenüber stand, sondern weil sie die Zielsetzung einer neuen Kultur des Miteinanders nicht angemessen angegangen sah bzw. skeptisch darüber war, ob dieses Ziel durch jene Kräfte, die es maßgeblich steuern, nicht vielleicht eher in das Gegenteil verkehrt werden würde. Genau dies aber ist in den letzten Monaten immer wieder geschehen. Dresden hat hoch umstrittene Diskussionen um „Kunst-Projekte“ erlebt, die kein neues gemeinsames Miteinander haben spüren lassen. Die Installation der hochkant gestellten Busse – „Das Monument“ – oder das „Denkmal für den permanenten Neuanfang“, um nur wenige Beispiele zu nennen, war gezielt als Provokation eingesetzte „Kunst“ gegen einen großen Teil der Dresdner Bürger.



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/dresden-kulturhauptstadt-2025.html

Wenn die Kulturhauptstadtbewerbung zu einem Erfolg werden soll, muss das Ziel der Bewerbung endlich in den Mittelpunkt gerückt werden: ein neues gesellschaftliches Miteinander. Oktroyierte Provokation ist dabei kontraproduktiv. Statt Miteinander ist Konfrontation allzu häufig das Moment der Auseinandersetzung in Dresden. Dies ist nicht nur auf der „Straße“, sondern auch im Stadtrat über deutlich geworden. Da wurde von einem Stadtrat in Zwischenrufen repressive Maßnahmen gegenüber Andersdenkenden gefordert, eine Stadträtin verstieg sich mit ihrer Aussage „damit solche Leute wie Sie nichts in der Dresdner Kunst zu sagen haben“ und bestätigte damit insgeheim die bestehende linke Schlagschlagseite, in die die Dresdner Kultur gekommen ist.

Deutlich wurde dies auch in dem Redebeitrag der Kulturbürgermeisterin Annetra Klepsch zur Aktuellen Stunde. Kultur sei, wie wir miteinander umgehen. Daher müsse die Dialogbereitschaft gefördert und müsstigen Debatten ausgelöst werden. Bei Kulturhauptstadtbewerbung gehe es darum „Konflikte zu kultivieren“, so die Kulturbürgermeisterin wörtlich. Tatsächlich hat Frau Klepsch mit ihrer Kulturpolitik jedoch genau das Gegenteil bewirkt. Ob „Bus-Monument“ oder „die Kunst-Aktion „Die Wölfe sind zurück?““, die bewusst gesetzten Provokationen haben zur Verhärtung der Debattenkultur und nicht zu einem neuen Miteinander geführt.

Mit der Berufung des Kuratoriums und des Kurators Michael Schindhelm sowie mit der Eröffnung des Kulturhauptstadtbüros sind aktuell wichtige Impulse gesetzt worden, die darauf hoffen lassen, dass die eigene Zielstellung der Kulturhauptstadtbewerbung nun doch noch vehement angegangen wird. Dresden und seiner Bürgerschaft ist es aufrichtig zu wünschen, wenn die Spaltung durch eine erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt geheilt werden könnte.

Gordon Engler

DER ALTERNATIVE BLICK

Die Nachwehen des Streitgesprächs zwischen Uwe Tellkamp und Durs Grünbein im Dresdner Kulturpalast Anfang März sind immer noch spürbar. Die gesellschaftliche Aufregung zeigt deutlich: Dresden ist weit entfernt von einer innergesellschaftlichen Streitkultur, die gegenteilige Meinungen nicht nur aushält, sondern darüber hinaus der Position des Gegenübers auch zubilligt, selbstverständlicher und bedenkenswerter Teil des Meinungsdiskurses zu sein. Dies aber ist nur durch gegenseitigen Respekt, durch die offene Bereitschaft zum Zuhören und Verstehen wollen möglich. Herrschaftsfreier Diskurs wird dieses Ideal in der Soziologie genannt.

Mit der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 wollte Dresden eigentlich neue Wege beschreiten: ein neues gesellschaftliches Miteinander entwickeln. Kunst könne dazu dienen, „miteinander zu diskutieren und gemeinsam das Zusammenleben in der Stadt zu gestalten“. So hieß es in dem Konzept zur Kulturhauptstadtbewerbung. Das besagte Streitgespräch der beiden bekannten Dresdner Literaten erfolgte daher auch im Zusammenhang der Kulturhauptstadtbewerbung.

Gleichzeitig wird derzeit unter dem Stichwort Kulturhauptstadtbewerbung jedes noch so abwegige Projekt zum Meilenstein für eine erfolgreiche Bewerbung Dresdens für 2025 erklärt, etwa der durch den Stadtrat - gegen die Stimmen der AfD-Fraktion - ebenfalls Anfang März verabschiedete Auftrag an den Oberbürgermeister zur Ausarbeitung eines Literaturförderkonzeptes. Ziel: unter anderem mehr Geld und bessere, von städtischer Seite organisierte Vernetzung der Dresdner Schriftstellerszene. Letztlich eine Förderung von unbekanntem Autoren, die keiner lesen will.

Anstatt die Aussage von Uwe Tellkamp, es bestünde in Deutschland ein „Gesinnungskorridor zwischen gewünschter und geduldeter Meinung“, ernst zu nehmen, versuchen in Dresden die linken Fraktionen unter dem Deckmantel einer Literaturförderung die bestehende Schieflage in Sachen Meinungsfreiheit zu zementieren. So wird das Ideal des herrschaftsfreien Diskurses ad absurdum geführt. Die reale Gefahr besteht, dass gewünschte Meinung zukünftig noch stärker gefördert und somit in die Lage versetzt wird, noch wirksamer und mächtiger gegen gerade noch geduldete Meinung vorzugehen. Der Hund beißt bekanntlich nur ungern in die Hand, die ihn füttert.

Dem Ansinnen der Kulturhauptstadtbewerbung Dresdens wird eine solche Literaturförderung abträglich sein. Sie wird mehr spalten und den Riss vergrößern, anstatt heilen helfen. Auch das ist eine Nachwehe des Streitgesprächs im Kulturpalast: von einem neuen gemeinsamen Miteinander sind wir solange entfernt, wie die politische Linke versucht, Literatur und Kunst für sich zu instrumentalisieren.

Gordon Engler



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

<http://www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/der-alternative-blick-01-2018.html>

SCHULEXPERIMENT UNIVERSITÄTSSCHULE

Mit gerade einmal 57 Anmeldungen für das im Herbst beginnende Schuljahr 2018/19 steht die Universitätsschule bereits vor ihrer Gründung vor dem Aus. Nicht nur die geringen Anmeldezahlen, auch die Zusammensetzung der potentiellen Schülerschaft gerät dabei zu einem großen Problem. Die Universitätsschule ist angedacht als Experimentierort, der neue wissenschaftliche pädagogische Ansätze erproben soll und dabei darauf angewiesen, die Gesellschaft im Kleinen abzubilden. Schüler aus bildungsfernerem Elternhaus sollen neben Schülern mit Migrationshintergrund und leistungsstarken Schülern gleichermaßen gemeinsam lernen. Dieses Konzept, das zeigen die Anmeldezahlen, stößt bei den Eltern auf wenig Gegenliebe. Mittlerweile ist der Start der Universitätsschule im Ergebnis einer Beratung zwischen Vertretern der Stadt, des Freistaates und der Technischen Universität erst einmal auf das Schuljahr 2019/20 verschoben worden.

Die AfD-Fraktion stand dem Projekt der Universitätsschule von Anfang an kritisch gegenüber. Die Befürworter eines solchen Schulexperiments betonten im Wesentlichen, dass sich Dresden mit einer neuen Universitätsschule in den Kontext der großen Bildungstradition der Stadt stellen würde und, in enger Zusammenarbeit von Universität, Stadt und Land, wichtige Impulse für die Bildungspolitik setzen könnte. Das mittlerweile vorgestellte Konzept wurde mit den Stimmen der linken Stadtratsmehrheit Ende Januar gebilligt. Darin heißt es beispielsweise, dass Notengebung abgelehnt wird, da diese „den Prozess einer auf Neugier, Kreativität und Sinnbasierten Lernkultur“ behindere. Ebenso sind offene Lernzeiten oder Zeitkonzeptmodelle angedacht; klassische Feri-

enzeiten, wie sie allgemein üblich sind, soll es an der Unischule nicht geben. Mehrsprachigkeit, fächer- und vor allem jahrgangsübergreifender Unterricht sollen eine große Rolle spielen. Damit – so die Kritik der AfD in der Stadtratssitzung – wird letztlich pädagogisch kaum etwas wirklich Neues ausprobiert, sondern die Fehler der Bildungspolitik anderer deutscher Bundesländer nachvollzogen.

Die vorgesehenen Neuerungen werden nämlich bereits vielfach in Deutschland erprobt: in Ländern wie Bremen, Berlin, in Nordrhein-Westfalen und neuerdings auch in Baden-Württemberg, um nur wenige zu nennen. Die Ergebnisse dieser „innovativen“ Schulversuche können mit trauriger Regelmäßigkeit durch Pisa-Studien und dergleichen verfolgt werden. Anstatt die bestehenden Schulen fit für die Digitalisierung zu machen oder den immensen Investitionsstau an den Dresdner Schulen abzubauen, der sich an zahlreichen maroden Schulgebäuden oder Turnhallen abzeichnet, werden neue Experimente in der Bildungspolitik befördert, die den Bildungsstandort Deutschland nicht voranbringen, sondern im internationalen Vergleich sogar zurückwerfen.

Die geringen Anmeldezahlen, also die Skepsis der Eltern gegenüber einer solchen Experimentierschule, sollte für die linke Stadtratsmehrheit Anlass sein, dieses Experiment zu überdenken. Die AfD-Stadtratsfraktion wird sich jedenfalls weiter dafür einsetzen, dass den Dresdner Schüler ein bestmögliches Lernumfeld an den Schulen geboten wird. Eine Versuchsschule braucht dafür niemand.

Harald Gilke

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD)
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
(Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke,
Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)
Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden
V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender
Gordon Engler

KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD)
im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Raum 215
Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de
http://www.afd-fraktion-dresden.de
http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden

FOTOS / BILDER

PIXABAY.COM (1), (3), (4) UND (6)
HARALD GILKE (2), (5) UND (7)

ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimonatlich

DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:
post@afd-fraktion-dresden.de